

- ☒ Unvergessen: Amad Ahmad
- ☒ Kaufstadthof schließt?
- ☒ Worringer Platz im Wahlkampf



... **WÄHLEN!**

Endlich wieder mit handverlesenen Terminen!

**THE ADVENTURES OF
MARX-MAN
AND ENGELS-BOY**

Um diese Waren kaufen zu können, müssen sie sich auf dem *Markt* als Waren befinden – auf dem Zwischenstadium zwischen der vollendeten Produktion und der noch nicht begonnenen Konsumtion, ...

... in der Hand der Verkäufer, im Stadium der Zirkulation – oder upon notice beschaffbar sein (herstellbar, wie beim Bau neuer Fabriken etc.). Sie waren das – (...)

MEW Bd. 26.2, S. 484



ANZEIGE

SÄGEWERK ★ TRANSPORTE

**Nah-
&
Fern-
Umzüge**

Pinienstr. 23a
40233 Düsseldorf 02 11 / 2 39 55 13

SÄGEWERK ★ TRANSPORTE

Hier findet Ihr uns – einige ausgewählte Auslagestellen der

TERZ IN TOWN:

- | | |
|---------------------------|-----------------------------|
| HSD-AStA | Münsterstraße 156 |
| White Rabbit | Birkenstraße 126 |
| Regenbogenbuchladen | Lindenstraße 175 |
| Beethoven | Beethovenstraße 38 |
| Café Luso | An der Icklack 2 |
| Kulturbureau K4 | Kiefernstraße 4 |
| Zakk | Fichtenstraße 40 |
| Back-Eck | Apollinarisstraße 24 |
| Kassette | Flügelstraße 58 |
| Pitcher | Oberbilker Allee 29 |
| LiZe Hinterhof | Corneliusstraße 108 |
| SHD | Kopernikusstraße 53 |
| BiBaBuZe | Aachener Straße 1 |
| Tigges | Brunnenstraße 1 |
| Metropol | Brunnenstraße 20 |
| Café Grenzenlos | Kronprinzenstraße 113 |
| Café Modigliani | Wissmannstraße 6 |
| Frida | Bilker Allee 4 |
| Blende | Friedrichstraße 122 |
| Frauenberatungsstelle | Talstraße 22-24 |
| Pauls | Düsseldorfer Straße 82 |
| Souterrain Kino im Muggel | Dominikanerstraße 4 |
| Destille | Bilker Straße 46 |
| Zum Goldenen Einhorn | Ratinger Straße 18 |
| Cinema | Schneider-Wibbel-Gasse 5-7 |
| Hitsville Records | Wallstraße 21 |
| FFT Kammerspiele / Juta | Jahnstr. 3 / Kasernenstr. 6 |
| Waschsalon Rapido | Charlottenstr. 87 |
| WP8 | Worringer Platz 8 |
| Stadtbücherei | Bertha-von-Suttner-Platz |

idiotoreal

„Alles muss raus“ prangt in riesigen Lettern an der Karstadt-Filiale auf der Shadow-Straße. Der Warenhaus-Mogul René Benko nutzt die Krise nämlich als Chance und macht sich mit der Schließung

zahlreicher Standorte ans brutalstmögliche Durchsanieren (S. 6-7). Die Düsseldorfer Polizei würde auch gern etwas zumachen: den Worringer Platz als Treffpunkt von Drogen-Nutzer*innen. Da das jedoch nicht so einfach geht, belässt sie es bei kleinen Nadelstich-Aktionen für die Galerie (S. 5).

Die Landesregierung möchte hingegen die Akte „Amad Ahmad“ zuklappen. Vorerst muss sie aber noch ein paar Termine des parlamentarischen Untersuchungsausschusses über sich ergehen lassen, der sich mit dem Tod des Syrers in einer Zelle der Justizvollzugsanstalt Kleve beschäftigt (S. 8-11).

impresum inhalt

Herausgeber: FGK e.V.
Himmelgeister Str. 107a
40225 Düsseldorf

V.i.S.d.P.: A. Hoffstadt
Cover: UliXXX

Druck: Neuer Weg, Essen
Erscheinungsweise: monatlich
Ausgabe: Nummer 308
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 7; 1/07

Anzeigenschluss: 15. des Vormonats
Red.-Schluss: 12. des Vormonats

Telefon: 0211 / 9347787
(Do.-Abend, sonst AB)
E-Mail: terz@free.de
Internet: <http://www.terz.org>

Bankverbindung:
Bank: GLS Gemeinschaftsbank eG
Kto.-Inh.: FgK e.V.
IBAN: DE12 4306 0967 4101 9787 00

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stehen unter der Verantwortlichkeit der Verfasser*innen und geben nicht in jedem Fall die Meinung der Herausgeber*innen oder gar des/der V.i.S.d.P. wieder.

Nachdrucke sind mit Quellenangabe und gegen Belegexemplare an die Redaktion erwünscht. Zwei Belegexemplare des Druckwerkes an:

TERZ / FGK e.V.
Himmelgeister Str. 107a
40225 Düsseldorf

Jedes Knastfreiexemplar bleibt Eigentum der Herausgeber*innen, bis es den Gefangenen ausgehändigt ist. Zurhabenahme ist keine Aushändigung.

Leser*innenbriefe können aus Platzgründen gekürzt werden.

TERZ ist ein Zeitungskollektiv, das offen ist für jede Form von Mitarbeit und Unterstützung. Wir wollen politische und kulturelle Initiativen in dieser Stadt aufgreifen, Missstände thematisieren und die Begrenztheit der Kommunikation sozialer Bewegungen durchbrechen. Deshalb brauchen wir Eure Unterstützung in Form von Infos, Artikeln, Meinungen und Terminen. (Redaktionsschluss ist der 12. des Vormonats).

Nutzt TERZ als Forum für Diskussion und Streitkultur!

in halt

LAUSIGE ZEITEN

kurzmeldungen, diesmal zu rock gegen rechts im nächsten jahr und eine ominöse immobilienentwicklungsgesellschaft

4-5

STAATSGEWALT

für die geisel und den wesseler war die drogenrazzia am worringer platz ein willkommener wahlkampftermin

5

KAPITAL AKTUELL

corona als vorwand für „schöpferische zerstörung“: kaufhof und karstadt werden geschlossen

6-7

RASSISMUS

ende september geht es weiter im „pua kleve“, der für aufklärung im fall amad ahmad sorgen soll

8-11

HSD-SEITE

trump, rechtsterrorismus in deutschland und eine gedenkstättenfahrt im november

13

CULTIGE ZEITEN

wer wo was wann warum wofür wogegen: veranstaltungshinweise aus politik & kultur

14-15

idiotoreal

Hallo Sie da!

Machen auch Sie sich Sorgen um den guten Ruf unserer Stadt? Sind auch Sie besorgt und betroffen über „Extremismus und Gewalt“? Vermissen auch Sie Zivilcourage? Na, dann fassen sie sich mal an die eigene Nase! Denn vielleicht haben ja auch Sie zur letzten Wahl den Oberbürgermeister gewählt, der mit Rechtsextremen im Stadtrat paktiert. Oder die Parteienkoalition, die hier in NRW für die Abschiebungen von Flücht-

lingen in Bürgerkriegsländer verantwortlich ist. Hat Sie bisher interessiert, wenn in dieser Stadt gegen „Pennertum“, gegen „Asoziale“ oder „zu viele Ausländer“ in den Stadtteilen Front gemacht wurde? Haben Sie aufgeschrien, wenn Aufklärungsarbeit gegen rechts als „Agitation vom linken Rand“ oder als von den „Regisseuren der Antifa“ initiiert denunziert wurde? Suchen Sie selbst Kon-

takt zu Flüchtlingen, zu Ausgegrenzten oder diskriminierten Bevölkerungsgruppen? Interessieren Sie sich überhaupt für ein ziviles Engagement gegen Rassismus und Neofaschismus?

Wenn nicht, dann sind Sie gut aufgehoben bei denjenigen, die jetzt inhaltslose Ratsresolutionen verfassen, um den guten Ruf der Stadt zu retten.

Sollten Sie sich jedoch wirklich dafür interessieren, etwas gegen Rassismus und Neofaschismus in Düsseldorf zu unternehmen, dann haben wir ein paar Informationsangebote für Sie. Anlässlich der antifaschistischen Demonstration am 5.8. haben wir für Sie eine TERZ-Sondernummer erstellt. Sie ist im Internet unter www.terz.org abrufbar. Oder Sie lesen einfach weiter, um mehr zum Thema zu erfahren...

OBJEKTIV BETRACHTET



himmel, arsch und zwirn

Die Immobilienentwicklungsgesellschaft H. (siehe auch „Um Himmels Willen“ TERZ 12.19) betätigt sich nicht nur auf dem Wohnungsmarkt, sie hat auch so einige Selbstversorgungsansprüche. So benötigen die Töchter des Familien-Unternehmens gleich zwei bis drei Wohnungen auf einmal. Darum bekommen die Mieter*innen von neu erworbenen Objekten gerne Kündigungen wegen Eigenbedarfs zugestellt. Zwei Betroffenen aus der Kronprinzen-Straße kam das nicht geheuer vor. Deshalb erhoben sie vor Gericht Einspruch. Mitte Juli begann die Verhandlung vor dem Düsseldorfer Landesgericht. Anfang September wird das Urteil erwartet.



UMSONST + DRAUSSEN

31. JULI 2021

BALLONWIESE * VOLKSGARTEN

DÜSSELDORF

rock gegen rechts – düsseldorf: am 31. juli 2021 soll es weitergehen!

Die Enttäuschung, dass das diesjährige Festival ausfallen musste, war groß. Dennoch lassen wir uns nicht entmutigen und steigen voll in die Planung für 2021 ein.

Vorausgesetzt, dass die Coronasituation es zulässt – und dabei wäre es wohl sehr wichtig, dass ein Impfstoff gefunden wird – wollen wir das Festival natürlich schon jetzt vorbereiten, um am 31. Juli 2021 mit Euch wieder ein rauschendes Fest des Antifaschismus und des Friedens zu feiern.

Von den meisten Bands haben wir schon eine Zusage, so dass wir zuversichtlich sind, Euch schon bald das Line Up präsentieren zu können.

Es ist wichtig, dass wir in Zeiten von erstarkenden und gefährlicher werdenden extremen Rechten und nach rechts-ofenen „Covidioten“, Anhänger*innen von Verschwörungserzählungen, antisemitischer Propaganda und sogenannten „Coronarebellen“, wieder ein lautes und solidarisches Zeichen dagegen setzen. Dieses Ziel stemmen wir nur gemeinsam, mit vielen Menschen, die sich die Zeit für die Organisation des Festivals nehmen. Aber – wie Ihr wisst: So ein Festival kostet eine Menge an Geld und Arbeit, die nicht immer ohne Bezahlung bleiben kann. Darum spendet!

Kontoverbindung:

Rock gegen Rechts – Düsseldorf e.V.

Sparda - Bank

IBAN: DE 71 3306 0592 005 2698 24

Verwendungszweck: Spende RgR

SOLIANZEIGE

STAY!
DÜSSELDORFER FLÜCHTLINGSINITIATIVE

**Bitte unterstützt uns,
damit wir weiter
Geflüchtete
unterstützen können.**





Kriminalisierung als PR-Maschine

Innenminister Herbert Reul (CDU) hat ein eindeutiges Bild von sich selbst: Klare Kante. Das ist, was er in Sachen Ego-Propaganda zu seiner CDU-Vorsitz-Anwärterschaft zeigen möchte. Irgendwie muss er schließlich die Beliebtheitskala manipulieren. Das Thema „Recht und Ordnung“ scheint da einen wortstarken Zustimmer*innenkreis zu erreichen. Wenn es dann noch zugleich den Bonus „Rassismus“ im Gepäck hat, fliegen dem Kanzlerkandidaten in spe die Herzen vormaliger Konkurrenzähler*innen aus der AfD-Ecke nur so zu. Und die vieler anderer, die ihre Schäfchen am liebsten deutsch, weiß und überlegen im sicheren Trockenen sehen möchten. Darum wagt Innenminister Reul im Lagebild zu seiner Kampagne gegen sogenannte „kriminelle Clans“ am 17.08.2020 auch den Sprung ins unverhohlenen Rechtspopulistische: „Ich bin mir bewusst, dass die Gefahr besteht, ausländerfeindliche Ressentiments zu bedienen und ganze Familien in Sippenhaft zu nehmen. Das stimmt, das ist das Problem. Aber die Chancen sind größer als die Risiken.“

Vor Ort

Auch in der Kommunalpolitik spielte das Thema bereits öfter eine Rolle – immer verbunden mit dem zweifelhaften Kalkül, Inhalte aus dem Bereich der Sicherheits- und Ordnungspolitik nur „aus Versehen“ mit rassistischen Zuschreibungen zu garnieren. So etwa bei den Razzien der Düsseldorfer Polizei in Oberbilk. Derlei schafft schließlich ausreichend Legitimation für sinnlose Repressionen, hilft, Solidaritäten im Kiez zu spalten. Anfang August ergänzten die „Bauherren“ der Düsseldorfer Ordnungs- und Sicherheitsarchitektur ihr Portfolio um einen

weiteren Aspekt: Der Kampf gegen die Drogenkriminalität am Worringer Platz. In beispiellos effekthascherischer Manier umstellten Polizei, Bundespolizei und Kräfte des Ordnungs- und Sicherheitsservice der Stadt Düsseldorf am Mittwoch, den 5.8.2020 den Platz – zuvor vorbereitet durch zivile Einsatzkräfte. Ab 14.20 Uhr kesselten sie die Warte- und Sitzbereiche regelrecht ein. Damit überraschten die Menschen, die sich dort aufhielten, viele von ihnen mit dem Lebensmittelpunkt Worringer Platz bzw. Straße. Menschen, die Drogen konsumieren, Trinker*innen, Menschen, die sich aus anderen Gründen dort aufhalten, ohne auf eine Straßenbahn oder den Bus zu warten. Sie wurden einzeln auf Betäubungsmittel kontrolliert, ausgiebig und in in teils entblößender Weise.

Nicht wie Zaungäste, sondern mittendrin wohnten Bürgermeister Thomas Geisel und Norbert Wesseler, Polizeipräsident von Düsseldorf, (beide SPD) der Maßnahme bei.

Im Mittelpunkt auch der Aufmerksamkeit der anwesenden Medienvertreter*innen. Sie werden wohl herbeizitiert, mindestens vorab informiert worden sein. So bekamen Bürgermeister und Polizeipräsident ihre wahlkampf-tauglichen Bilder: Das Duo sorgt für Sicherheit, wie von den Bürger*innen gewünscht, heißt es in den Medien. So wirkt die polizeiliche Maßnahme, mit Verlaub, wie bestellt. Die Repression gegen drogengebrauchende Menschen: ein PR-Termin. Praktischerweise ausgerechnet jetzt: Denn Geisel will Bürgermeister bleiben, auch nach der Kommunalwahl am 13.9. Wesseler will – im vierten Versuch – Bürgermeister werden, glücklicherweise weit weg, im Münsterland.

Perspektiven statt Propaganda

Jenseits dessen aber müssen wir dringend auch über die sachlichen Effekte solcher Maßnahmen sprechen. Die Polizeiführung gab später an, sie habe durch die Durchsuchungen die „großen Fische“ in der Drogenhandel-Szene aufscheuchen

wollen. Ohne Frage allerdings trifft derlei die Falschen – so auch Michael Harbaum, Geschäftsführer der Düsseldorfer Drogenhilfe, gegenüber der Rheinischen Post. Statt sinnvoll präventiv sind solche Aktionen vor allem Unruhe-Situationen für Suchtkranke, die oft unter dem Druck stehen, Geld für Drogen und Alkohol auftreiben zu müssen. Zugleich sucht sich niemand freiwillig einen öffentlichen Ort aus, einen Präsentierteller quasi, um dort zu konsumieren. Vielmehr ist der Worringer Platz heute einer der wenigen Orte, an denen drogengebrauchende Menschen sich überhaupt noch aufhalten können. Dringend braucht es mehr Anlaufstellen und Konsumräume. Räumlichkeiten, wie die der Düsseldorfer Drogenhilfe, sind zu vereinzelt, die Wege dorthin sind zu weit. Der Bedarf an Beratung und an Orten für einen „geregelten“ Konsum ist größer, als die aktuellen Möglichkeiten von Drogenhilfeeinrichtungen in der Stadt. ↴

Schöpferische Zerst

Krise als Chance: Die Signa-Unternehmensgruppe nutzt Corona, um bei Karstadt und Kaufhof schonungslos durchzusaniieren. Auch Häuser in Düsseldorf stehen vor der Schließung.

„Ab dem 1.11. arbeitslos!!! warum ??“ steht handgeschrieben auf der Säule am Eingang der Kaufhof-Filiale Am Wehrhahn neben anderen Zetteln mit Botschaften wie „Wir wollen bleiben!!!!“ oder „Wir wollen weiterhin für unsere Kunden da sein!!!!“ Zur Tonhallenstraße hin haben die Beschäftigten Bilder von sich ins Schaufenster gestellt und „Verfallsdatum 31.10.20 – bald können Sie uns nicht mehr fragen“ auf die Scheibe geklebt. Gegenüber bei Karstadt, wo jetzt ein Riesenbanner mit der Aufschrift „Wir schließen diese Filiale – alles muss raus – alles reduziert“ zur letzten Schnäppchen-Jagd animieren will, standen derweil lange Zeit zwei Schaufenster-Puppen mit Schildern um den Hals vor der Tür. „Ich bin Karstadt-Mitarbeiter und werde ab dem 1.11.2020 arbeitslos“ war auf dem einen zu lesen, während das andere die Kund*innen zur Beteiligung an der Unterschriften-Aktion zum Erhalt der Standorte aufforderte.

Anfang April 2020 hatte die Signa-Gruppe des Österreicherers René Benko, der die „Galeria Karstadt Kaufhof“ gehört, ein Schutzschirm-Verfahren für eine „Plan-Insolvenz in Eigenverwaltung“ beantragt. Mitte Juni kündigte das Management dann das Aus für 62 der insgesamt 172 Filialen an. „Für sie besteht keine wirtschaftliche Fortführungsperspektive“, hieß es. Rote Zahlen brauchten die Häuser gar nicht zu schreiben, um auf die Abschluss-

Liste zu geraten. Es reichte schon, wenn sie es nicht schafften, fünf Prozent Gewinn vor Steuern zu erwirtschaften. 6.000 Arbeitsplätze sollten dieser Rendite-Vorgabe zum Opfer fallen. Damit nicht genug, stellt die Signa auch noch 20 der 30 „Karstadt Sport“-Filialen und fünf der sieben Logistik-Zentren zur Disposition. Schuld war natürlich nur Corona. An dieser Version gibt es aber ernste Zweifel. Benko hatte die Kaufhof-Häuser 2018 schon als Sanierungsfall von der Hudson's Bay Company übernommen und zu seinen Karstadt-Häusern gesellt, die er 2014 erwarb. Durch die Fusion wollte die Signa Synergie-Effekte in Höhe von 380 Millionen Euro verbuchen. Zu diesem Behufe strich sie bereits 2019 Tausende Jobs. Zudem vereinbarte das Unternehmen im Dezember des Jahres mit Ver.di einen „Sanierungstarifvertrag“, der den Beschäftigten kräftige Entgelt-Einbußen abverlangte. Erst die Pandemie bot Benko jedoch die Gelegenheit, so richtig durchzusaniieren. „Angesichts der Lage hätte uns nichts Besseres passieren können“, zitiert „Business Insider“ einen Manager. Die „Plan-Insolvenz in Eigenverwaltung“ erlaubt es nämlich unter anderem, aus laufenden Tarif- und Mietverträgen auszusteigen und sich Abfindungszahlungen im fünf- bis sechststelligen Bereich pro Belegschaftsangehörigem zu ersparen.

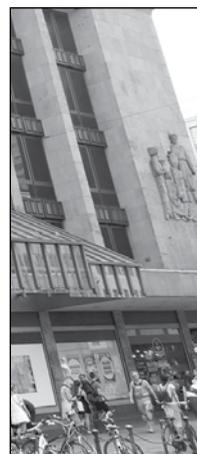
Mit 467 Millionen Euro weniger Kosten bis zum Jahr 2022/23 rechnet der Konzern durch das, was Ökonom*innen „schöpferische Zerstörung“ nennen und die nicht wenige von ihnen gerade zu Corona-Zeiten als angezeigt erachten – Krise als Chance.

Einen nicht un-



erheblichen Teil der Summe haben nach den Vorstellungen Benkos neben den Angestellten die Vermieter*innen zu erbringen. Dabei nimmt er sich selber, dem auch nicht wenige der Warenhaus-Grundstücke gehören, aber aus, was den Handlungsspielraum des Insolvenz-Generalbevollmächtigten Arndt Gleiwitz stark einschränkt. „Die bis zu 60 Millionen Euro, um die er die Mieten reduzieren will, muss er woanders suchen, nicht bei Benko“, konstatiert das „Manager Magazin“. Von den Lieferanten verlangt die Signa ebenfalls Zugeständnisse. Nicht einmal der Staat ist vor Ansprüchen gefeit. Benko & Co. fordern „Entschädigungen für den Lockdown“. Und dann wären da noch die Städte, die durch die Schließungen eine Verödung ihrer Zentren befürchten. Von ihnen wünscht sich der Österreicher mehr Entgegenkommen bei seinen Bauvorhaben.

Bisher liefen die Verhandlungen voll im Sinne der Signa-Gruppe. Sie erklärte sich gnädigerweise bereit, „nur“ noch 47 statt der ursprünglich avisierten 62 Filialen dichtzumachen und bekam dafür erkleckliche Gegenleistungen. So senkten viele Grundstückseigner die Mieten. In Berlin gab Benko vier Warenhäusern – teilweise bloß auf drei Jahre befristete – Bestandsgarantien und erhielt im Gegenzug für zuvor äußerst umstrittene Hochhaus-Projekte grünes Licht. In Düsseldorf musste das Unternehmen noch nicht einmal von seinen Schließungsabsichten lassen, um ein günstigeres





Klima für seine hochfliegenden Architektur-Vorhaben schaffen zu können. Oberbürgermeister Geisel bot Wohlwollen bei der Prüfung der Pläne für den Wehrhahn und das Carschhaus schon gegen vage Arbeitsplatz-Zusagen an.

Am Wehrhahn möchte die Signa an Stelle des Kaufhof-Gebäudes einen Wolkenkratzer errichten, frei nach dem Motto „Je höher, desto Miete“. Eigentlich sprengt so ein Monumentalbau dort das Gefüge und verstellt auch die Sichtachse zur Marien-Kirche. In Berlin passen die Vorstellungen Benkos ebenso wenig in die Landschaft. Aber der Immobilien-Mogul kennt da ein probates Mittel. Er zaubert einfach Namen bekannter Baumeister aus dem Hut, die Leuchtturm-Objekte verheißen. Im Wehrhahn-Fall ist von Rem Koolhaas und Bjarke Ingels die Rede. „Der bewährte Kniff, unanfechtbare Architekten als Tabu-Brecher zu beauftragen“ – so nennt das die „FAZ“.

Solchen Bauten gilt das Hauptinteresse Benkos. „Diesem Konzern geht es überhaupt nicht um die Warenhäuser, sondern nur um die Flächen“, sagt etwa Katalin Gennberg, die für die Partei

örung

„Die Linke“ im Berliner Abgeordnetenhaus sitzt. Allenfalls ein paar Premium-Häuser an prestige-trächtigen Standorten wie etwa das Berliner KaDeWe erhalten ein wenig mehr Aufmerksamkeit, und zu einem solchen gedenkt die Signa auch das Carschhaus am Tor zur Altstadt zu machen.

Die zahlreichen Vorbesitzer*innen von Karstadt und Kaufhof hatten sich da nicht kreativer gezeigt und ebenfalls keine Konzepte entwickelt, um den Niedergang der Branche zu stoppen. Dabei ist dieser trotz Internet & Co. nicht gottgegeben, wie der kurze Höhenflug von Kaufhof Anfang der 2000er Jahre zeigte. Heute noch hält der Betriebsrat Andreas Marggraf große Stücke auf den bei Kaufhof eingeleiteten Digitalisierungsprozess, den Benko allerdings stoppte. „Vom papierlosen Kassensystem mit Tablets ging es zurück zu veralteten Computern und wieder viel Papier. Manchmal hat man das Gefühl, dass da System dahinter steckt“, sagte er der „Rheinischen Post“. Bei der Ausdünnung der Personaldecke, welche die Signa betrieb, liegt dieser Verdacht ebenfalls nahe, denn womit sollte ein Warenhaus in Zeiten des boomenden Online-Handels punkten, wenn nicht mit der Beratungskompetenz?

Im Gegensatz zu solch destruktiven Entscheidungen entwickeln die Beschäftigten schon Ideen, die das Zeug hätten, den aktuellen Herausforderungen zu begegnen. Marggrafs Kollege Wolfgang Grabowski schlägt in dem RP-Interview etwa vor, mehr auf Events zu setzen, um die Menschen von den Bildschirmen wegzulocken. Und Rainer Kruchem plädiert dafür, nicht in allen Häusern das Standardprogramm anzubieten, sondern die

Angebote besser lokalen Gegebenheiten anzupassen. Kaufhof-Betriebsrat Andreas Scholten unterstützt dieses Ansinnen und verbindet es damit, den Beschäftigten wieder mehr Verantwortung zu übertragen. „Früher konnten wir noch einen Teil selbst einkaufen. Da hatten wir beispielsweise nach Bedarf Schützenuniformen oder weiße Jeans für die Ärzte in der Umgebung. Und das lief gut“, erinnert er sich in dem Gespräch mit der Rheinischen Post. Aber mit so einem Kleinklein gibt sich die Chef-Etage nicht ab. „Es fehlt die Liebe zum Detail“, wirft Andreas Marggraf den Verantwortlichen vor. Diese fiebern dagegen schon dem 1. September entgegen. Da nämlich präsentiert das Unternehmen seinen Gläubiger*innen den Insolvenz-Plan. Viel haben die Vermieter*innen, Lieferant*innen und Geldgeber*innen allerdings nicht zu erwarten. Von den ausstehenden Forderungen in Höhe von 2,2 Milliarden Euro will Benko nur einen Bruchteil – 100 Millionen Euro – begleichen. Eine Insolvenz-Quote von 4,55 Prozent, mehr ist nicht zu holen. „Das hat auch damit zu tun, dass Eigentümer René Benko sorgfältig darauf geachtet hat, dass alle von Karstadt und Kaufhof genutzten Immobilien, die seiner Signa-Holding gehören, in separaten Gesellschaften gehalten werden“, weiß das „Handelsblatt“.

Unterdessen läuft in der Schadowstraße und am Wehrhahn bereits der Räumungsausverkauf in vollen Zügen. Die Signa hat mit der Durchführung einen externen Dienstleister beauftragt, der auf solche Jobs spezialisiert ist. Die US-Firma Gordon Brothers hat sogar ein mathematisches Modell entwickelt, das den Rabatt-Countdown berechnet und angeblich die Gewähr dafür bietet, zwar alles rauszuhauen, aber nicht zu jedem Preis. Kapitalismus bis zum bitteren Ende und sogar darüber hinaus: Selbst für eine eventuelle Wiederauferstehung der Filialen haben die Brüder Vorkehrungen getroffen.



JAN

SOLIANZEIGE

Am 22. September 2020 will der Parlamentarische Untersuchungsausschuss III – der „PUA Kleve“ – nach der Sommerpause in 23. Sitzung mit der Befragung von Zeug*innen fortfahren. Nach wie vor ist es seine Aufgabe, für Aufklärung darüber zu sorgen, warum Amad Ahmad im Sommer 2018 für Monate in der Justizvollzugsanstalt Kleve seiner Freiheit beraubt wurde – und warum er im September 2018 in Haft starb.

Zwei Monate vorher, im Juli 2018, wurde Amad Ahmad in Polizeigewahrsam genommen. Die Beamt*innen hielten ihn zunächst fest, weil die Tochter eines Verkehrspolizisten ihren Vater angerufen und ihm berichtet hatte, sie und drei ihrer Freundinnen würden an einem Badesee belästigt. Eine der drei jungen Frauen, die Amad Ahmad an diesem Sommertag am See getroffen hatte, sagte später im PUA aus: Sie hätten sich zuerst unterhalten, dann aber zu streiten begonnen. Darum hätten sie ihm Angst machen, ihm drohen wollen damit, die Polizei zu rufen – gefolgt von dem Anruf auf dem Diensttelefon des Polizisten H. Der Vater schickte seine Kollegen zum Badesee. Bei seiner Aussage im PUA zeigte er sich – wenig überzeugend – merkwürdig unbeeindruckt davon, dass es seine eigene Tochter war, die vorgeblich Opfer einer Belästigung geworden sei. So wurde Amad Ahmad am 6. Juli 2018 von Streifenbeamten auf das Polizeirevier in Geldern gebracht. Von diesem Moment an sollte er nie wieder frei sein.

Noch am Abend wurde er in der Justizvollzugsanstalt Geldern, vier Tage später in der JVA Kleve inhaftiert. Nun allerdings vorgeblich unter der Annahme, dass gegen ihn ein Haftbefehl wegen Diebstahlsdelikten vorläge. Knapp zweieinhalb Monate verblieb er unrechtmäßig in Haft. Am 17. September 2018 brannte sein Haftraum. Die Brandfolgen überlebte Amad Ahmad nicht.

Nicht verwechselt

Als die Polizei- und Justizbeamt*innen in Geldern Amad Ahmad am 6. Juli 2018 seiner Freiheit beraubten, inhaftierten sie ihn, obwohl der Haftbefehl ausdrücklich auf den Namen eines Anderen ausgestellt war. Sie brachten ihn hinter Gitter, obwohl der Syrer Amad Ahmad nicht, wie der Gesuchte, aus Mali kam. Sie sperrten ihn ein, obwohl keinerlei hinreichende Anhaltspunkte dafür vorlagen, dass Amad Ahmad und der in Hamburg per Haftbefehl Gesuchte ein und dieselbe Person sein könnten. Nur der Eintrag in einer polizeilichen Datenbank will sie glauben gemacht haben, dass sie – ohne jede weitere Überprüfung – Amad Ahmad einsperren konnten. Denn in dessen Personendatensatz im NRW-Polizeidaten-Tool „ViVA“

soll der Name des in Hamburg gesuchten Mannes aufgetaucht sein. Plötzlich. Als Teil eines in sich widersprüchlichen Datensatzes.

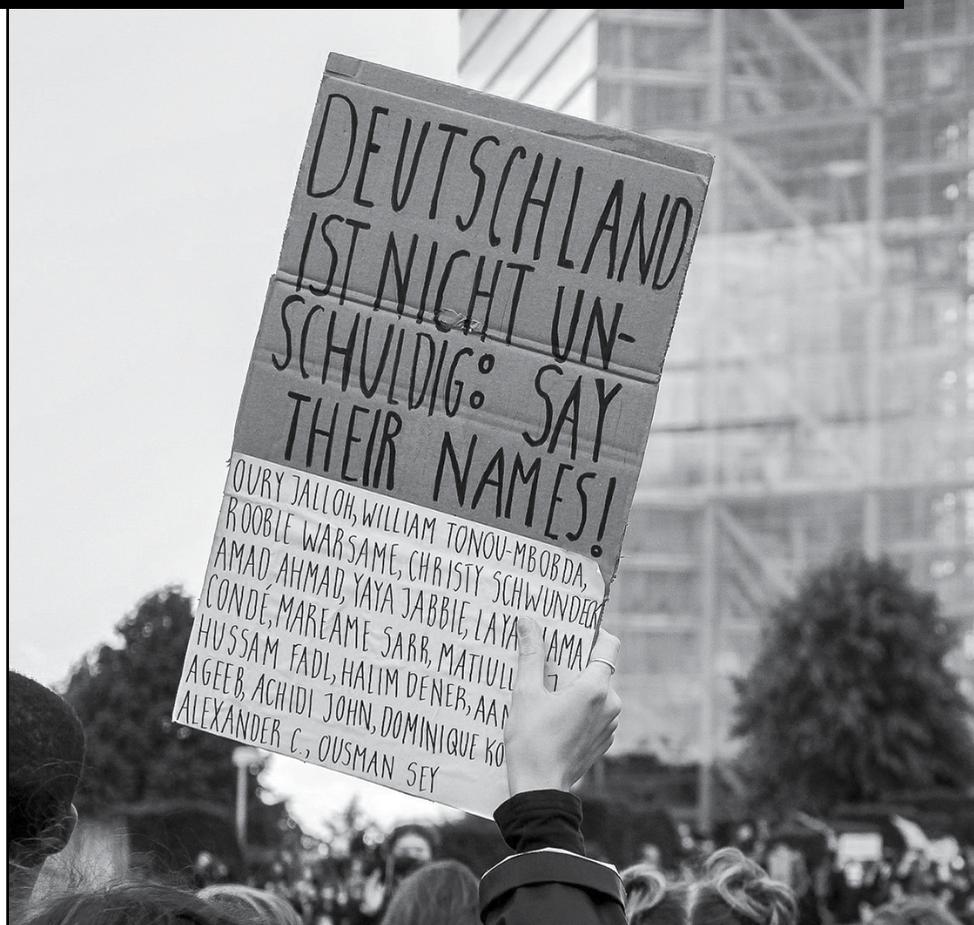
Bis heute ist unklar, warum und auf wessen Anweisung eine Sachbearbeiterin der Polizei in der aktenführenden Polizeidirektion im Kreis Siegen-Wittgenstein den Datensatz von Amad Ahmad – nur wenige Tage zuvor – im Datensystem ViVA verändert hatte. Sie soll dafür gesorgt haben, dass plötzlich zwei verschiedene Personen in einem Datensatz vereint schienen. Zwei Menschen, deren Geburtsorte Tausende von Kilometern entfernt liegen, deren Namen nicht im Ansatz ähnlich klingen. Zwei Menschen, die unterschiedlich aussehen – festgehalten im Bild durch erkennungsdienstliche Behandlungen und Asylverfahrensakten. Alles vorliegend bei den Behörden. In der ViVA-Datenbank, die alle notwendigen Informationen vorgehalten hat. Fotos, Personenbeschreibungen, Geburtsorte.

Wer Augen im Kopf hat, kann sehen, dass es keine tragische Verwechslung gewesen sein kann. Die Zeug*innenbefragungen vor dem PUA Kleve haben dies gleich mehrfach bestätigt. Dennoch hält sich die Erzählung, Amad Ahmad sei verwechselt worden, seine Haft ein tragischer Fehler, hartnäckig. In den Äußerungen der verantwortlichen Politiker*innen, in den Aussagen der Behördenmitarbeitenden wie in den Texten und Berichten der Medien.

Etliche Beamt*innen der Polizei und Justiz jedoch haben vor dem Untersuchungsausschuss im Düsseldorfer Landtag – vielleicht unabsichtlich – deutlich werden lassen, dass von einer „Verwechslung“ keine Rede sein kann. Gaben sie dort doch an, sie hätten die Datenbank-Einträge am Computer oder nach Aktenlage nicht gründlich durchgesehen, die doppelten Eintragungen zu den massiv abweichenden Personenbeschreibungen nicht wahrgenommen und die im ViVA-System hinterlegten Foto-Daten nicht einmal aufgerufen. Die Widersprüchlichkeiten seien ihnen nicht aufgefallen.

Eine Handvoll Polizist*innen der Kreispolizeibehörde Kleve wiederum, deren Handeln nach dem Tod von Amad Ahmad von Dienstaufsicht und Staatsanwaltschaft untersucht wurden (allerdings

Amad Ahmad - unvergessen. Black-Lives-Matter-Demonstration in Düsseldorf im Juni 2020
Foto: pixabay.de/Ana Carolina Mantell (CCO)



erst nach kritischen Medienberichten und auf Druck von Angehörigen und Freund*innen von Amad Ahmad), schweigen.

Die „Technik“ war's?

Das Landesinnenministerium gibt sich heute größte Mühe, die „Schuld“ auf eine allzunutzer*innen-unfreundliche Technik abzuschieben. Sie lässt kaum eine Gelegenheit aus, das Argumentationsschema vorzubereiten, mit dem spätestens im Abschlussbericht des PUA Kleve zu rechnen sein wird: Die Nutzer*innen der ViVA-Datenbank seien unzureichend geschult gewesen, die Datenabfrage-Fenster überkomplex, die Prozessabläufe regelmäßiger Systemkontrollen nicht optimal. Nichts also, was sich nicht beheben ließe. Es steht zu befürchten, dass das Landesinnenministerium unter Herbert Reul (CDU) mit dieser Erklärung durchkommen wird. Insbesondere, da kaum jemand dagegen opponieren wird, dass sich der oberste Polizeidienstherr schützend vor „seine“ Polizist*innen stellt.

Was einzelne Polizeibeamt*innen entgegen dieser „These“ im PUA Kleve öffentlich ausgesagt haben, widerspricht hingegen der Schutzbehauptung ihres Dienstherren allerdings komplett: Schon damals sei im polizeilichen Alltag klar angekommen,

dass es sich bei ViVA um ein IT-Tool zur Verfahrens- und Personendatenhaltung und -abfrage handelt, das von denjenigen, die es nutzen, ausdrücklich abverlangt, den eigenen Kopf einzuschalten

und die Suchergebnisse zu prüfen. Denn im Suchmodus spuckt ViVA schließlich auch eine unterschiedlich große Anzahl an Ergebnissen aus, die lediglich Überschneidungen mit den gesuchten Daten aufweisen, je mehr, um so unspezifischer die Such-Namen etwa sind. Die Vielzahl an Treffern, die nach einer simplen Sucheingabe der Nachnamen „Müller“, „Meier“ oder „Schmidt“ im Ergebnisfenster auftauchen, müssen quasi händisch auf ihre Evidenz für den vorliegenden Fall hin untersucht – und verworfen werden dort, wo sie nicht zur Realität passen. Schreibfehler und -varianten von Namen inbegriffen.

Rassistische Strukturen

Doch Amad Ahmad hatte nicht das Glück, unter dem Namen „Meier“ gesucht zu werden. Auch sein Nachname ist alles andere als selten, mit zahlreichen Schreibvarianten – gerade in der Umschrift von arabischen in lateinische Buchstaben. Doch was für die polizeiliche Überprüfung von „Meier“, „Meyer“, „Mayer“ und „Maier“ gegolten hätte – Gründlichkeit, Sorgfalt und die zwingend 100-prozentige Sicherheit, nicht etwa einer Namensgleich- oder Ähnlichkeit aufzusitzen – zählte für die Beamt*innen in Geldern offenkundig bei Amad Ahmad nicht. Sie machten sich nicht die Mühe, den Haftbefehl, der auf eine Person mit einem völlig anders lautenden Namen ausgestellt war, mit den Personalien des Menschen abzugleichen, der vor ihnen saß. Damit gingen sie das Wagnis ein, sich der Freiheitsberaubung schuldig zu machen.

Warum?

Begegneten die Polizeibeamt*innen in Geldern Amad Ahmad im Sommer 2018 etwa in vorurteilsvoller Haltung, vielleicht in persönlichem, vielleicht in strukturellem Rassismus?

Ob es eine Rolle gespielt hat, dass sie, dem Hinweis einer Ordnungsamtsmitarbeiterin folgend, Amad Ahmad zum Zeitpunkt seiner unrechtmäßigen Verhaftung bereits auf dem Kieker hatten? Denn bereits Monate zuvor hatte die Mitarbeiterin der Ordnungsbehörde der Kriminalpolizei mit einem proaktiv verfassten Bericht gemeldet, dass der „Asylant“, wie sie Amad Ahmad in diskriminierender Sprache nannte, unter Beobachtung zu stellen sei, sobald er sich in der Stadt bewege. Auch, so verlautbarten einzelne Polizeibeamt*innen im PUA wiederholt, habe es dieses Phantombild gegeben, das bei der Fahndung nach dem Täter einer Vergewaltigung habe helfen sollen. Es sei ihnen, da sie Amad Ahmad am 6. Juli am Badeseer festhielten, bekannt gewesen, raunte es zwischen den Zeilen ihrer Zeug*innen-Aussagen im PUA. Diese Vergewaltigung, so wusste die Polizei kurz

nach der Inhaftierung von Amad Ahmad, hatte es jedoch nie gegeben. Sowohl die Tat als auch die Täterbeschreibung: frei erfunden. Kaum eine*r der Politiker*innen im PUA Kleve jedoch hat bislang danach gefragt, ob diese falsche Verdächtigung nicht auch eine Rolle gespielt haben könnte für die Verhaftung von Amad Ahmad. Dafür, dass man mit ihm durchaus wohlwissend den Falschen inhaftiert hatte – ihn jedoch in Haft beließ, weil das Eingeständnis, nach rassistischen Motiven einen Menschen seiner Freiheit beraubt zu haben, den strukturell rassistischen Apparat zu deutlich beleuchtet hätte?

Gleichgültig

Viel Hoffnung, Aufklärung über strukturellen Rassismus, über Details der Entscheidungen der Polizei- und Justizbehörden oder auch nur der zeitlichen Abläufe der rechtswidrigen Freiheitsberaubung mit Todesfolge zu erhalten, hat wohl niemand. „Cop Culture“, das bedeutet auch, dass Kolleg*innen nicht gegen Kolleg*innen aussagen. Besonders dann nicht, wenn allen klar ist, dass mehr als „Fehler“ oder „Ungenauigkeiten“ passiert sind. Zugleich ist es immer dann zunehmend unwahrscheinlich, dass sich Menschen für ihr Handeln verantwortlich zeigen, wenn dazu das Eingeständnis gehören muss, nicht nur nicht eingeschritten zu sein, sondern selbst aktiv mitgewirkt zu haben. Daran, dass ein Mensch seiner Freiheit beraubt, eingesperrt, isoliert und – vielleicht – in den Tod getrieben worden ist. Es dürfte eine Last sein zu wissen, dass Amad Ahmad heute aller Wahrscheinlichkeit nach noch leben würde, wenn nur eine einzige direkt oder indirekt verantwortliche Person sich dagegen entschieden hätte, ihn fahrlässig, absichtsvoll, aus struktureller Achtlosigkeit für das Leben migrantisierter Menschen oder aus rassistischen Motiven wegzusperren – ohne Prüfung, ohne Korrektur.

Ein absoluter Tiefpunkt in der Geschichte der Aufklärungsbemühungen im „Fall Amad A.“, wie es in den Medien so oft unpersönlich heißt, ist mit der Atmosphäre dieser Kältherzigkeit verknüpft: Mit großen Erwartungen verfolgten Angehörige, Freund*innen und Medienvertreter*innen, kritische Beobachter*innen von NSU-Watch NRW und der Initiative Amad Ahmad am 9. Juni 2020 die Zeuginnen-Aussage der Ersten Staatsanwältin Silke S. Nur wenige Tage zuvor hatte ein Magazinbericht von Westpol (24.05.2020) öffentlich gemacht, dass die Staatsanwältin aus Braunschweig am 27. Juli 2018 Kontakt mit der Polizei in Geldern aufgenommen hatte. Auch ihr lag eine Akte des in Hamburg per Haftbefehl gesuchten Maliers vor. Sie suchte ihn ebenfalls. Denn als Staatsanwältin wollte sie einen Strafbefehl gegen ihn vollstrecken, zum Vorwurf, in einem Warenhaus Bekleidung gestohlen zu haben. Doch der Malier sei nicht aufzufinden gewesen, der Strafbefehl kam als unzustellbar zu ihr zurück. Mit der Nachricht aus NRW, dass er in Kleve Anfang Juli von der dortigen Polizei in Haft genommen



worden sei, schien ihr „Fall“ gelöst. Dennoch telefonierte sie den Beamt*innen in NRW hinterher. Denn mit Blick auf die Vollstreckungsmeldung aus Kleve war einem ihrer Mitarbeiter aufgefallen, dass ein in Mali geborener Mensch kaum so helle Haut haben könne wie der Mann, dessen Foto die Vollstreckungsakte zeigte.

Am 27. Juli sprach Silke S. darum am Telefon mit einem Beamten der Kreispolizeibehörde in Kleve. Im Verlauf dieses Gespräches wird auf beiden Seiten der Telefonverbindung klar gewesen sein, dass nicht der Gesuchte, sondern ein in der Sache vollkommen Unbeteiligter seit über zwei Wochen in Haft saß. Doch: In der Leitung hatte sie mit Kriminalhauptkommissar Frank G. ausgerechnet jenen Polizisten, der Amad Ahmad bereits kannte. Der wie seine Kolleg*innen über die Meldung der Ordnungsamtsmitarbeiterin in Kenntnis darüber war, dass Amad Ahmad unter Beobachtung zu stellen sei. Ausgerechnet Frank G. also, der noch vor dessen Inhaftnahme gegen Amad Ahmad ermittelt hatte – wiederum unter dem Verdacht, eine Person belästigt zu haben, zugleich unter der diffusen Annahme, er könne etwas mit der Suche nach dem Täter der im Mai angezeigten Vergewaltigung zu tun haben. Während G. mit der Staatsanwältin in Braunschweig telefonierte, saß Amad Ahmad bereits seit zwanzig Tagen in Haft. Seit über zwei Wochen war darüber hinaus bekannt, dass die Person, die die Vergewaltigung zur Anzeige gebracht hatte, sich die Tat ausgedacht hatte.

Der Polizeibeamte Frank G. wurde am 26.11.2019 im PUA als Zeuge gehört. Hier hatte er das Telefonat mit der Staatsanwältin aus Braunschweig mit keinem Wort erwähnt. Als die Ausschussmitglieder

der SPD ihn mit der Frage konfrontierten, warum er am 27. Juli 2018 (dem Tag des Telefonats, wie wir heute wissen) mehrfach zuerst den Namen Amad Ahmad und wiederholt dann auch den des Maliers in die bundesweite Polizeidatenbank INPOL eingegeben habe, verwies Frank G. auf Gedächtnislücken, wusste keine plausible Antwort zu präsentieren. Niemand hakte nach. G. wurde freundlich als Zeuge entlassen, mit Dank für sein Erscheinen vor dem Ausschuss.

Seit wir von dem Telefonat der Staatsanwältin Silke S. mit dem Polizisten G. wissen, ist klar: G. hat gelogen. Er wusste spätestens am 27. Juli 2018 davon, dass Amad Ahmad ohne Rechtsgrundlage inhaftiert war. Doch er unternahm nichts. Dem Ausschuss verschwieg er alles. Die Staatsanwaltschaft Kleve hat inzwischen die Ermittlungen zum Straftatbestand der Freiheitsberaubung gegen diesen einzelnen Beamten aufgenommen. Seine Kolleg*innen hingegen hat die Staatsanwaltschaft Kleve von allen Vorwürfen bereits seit November 2019 befreit. Es seien keine strafrechtlich relevanten Fehler erkennbar.

Und Staatsanwältin S.? Sie notierte nach dem Gespräch mit G.: Die Person Amad Ahmad sei nicht identisch mit der von ihr gesuchten Person. Dann jedoch tat sie: nichts. Im PUA gab sie an, dass für sie das Telefonat ausschließlich darum unbefriedigend gewesen sei, weil sie hernach immer noch nicht wusste, wohin sie den Strafbefehl an den Malier schicken solle. Ihr „Fall“ war also wieder offen, machte weiterhin Arbeit. Selbstverständlich machte S. sich also nicht die Mühe, die offenkundig falsche Inhaftierung von Amad Ahmad gegenüber den Behörden in NRW zu kommunizieren. Warum auch? Auf Nachfrage äußerte S. im PUA,

dass sie es bereits als Affront empfinde, für diese Sache einen ganzen Arbeitstag zu verlieren, um für ihre Zeuginnen-Aussage nach Düsseldorf zu fahren. Sogar in ihrer Gleichgültigkeit ist Silke S. effizient. Kälter kann Deutschland nicht sein.

Aufklärung, jetzt!

Es braucht nicht viel Phantasie, um ahnen zu können, dass es für eine Aufklärung zur Freiheitsberaubung und zum Tod von Amad Ahmad keinen politischen Willen gibt. Im PUA – und nicht nur dort – ist zu beobachten, dass die verantwortlichen Ministerien in NRW, unter Justizminister Peter Biesenbach (CDU) und unter Innenminister Herbert Reul, alles dafür tun werden, die Zusammenhänge bis zur Unkenntlichkeit zu verwischen. Im Bericht des im März 2019 erstmals als Ansprechpartner für interne Polizeibelange installierten Polizeibeauftragten des Landes NRW, der am 20. August 2020 im Innenausschuss im Landtag präsentiert wurde, lesen wir staunend: Es habe bei ihm etliche Beschwerden von Polizeibeamt*innen gegeben über die Handhabbarkeit des Datenbanksystems VIVA. Unter den Polizist*innen habe bei Einführung der Datenbank „eine Stimmung diffuser Unsicherheit und Unverständnis (sic!)“ vorgeherrschte, heißt es dort.

Herbert Reul wird diesen Bericht gut verwerten können für seine Argumentation, dass eine Panne in der Bedienung der damals noch neuen Datenbank Ursache für die Inhaftierung von Amad Ahmad gewesen sei. Tragisch. Eine Verwechslung. Etwas, das nicht wieder passieren dürfe. Etwas, das sich durch Verbesserungen im Datenbank-Abfragemodus in Zukunft verhindern lasse. Für die Technik allerdings, sei niemand zur Verantwortung zu ziehen. So wird es kommen.

JVA Geldern. Nach seiner Inhaftierung am 7. Juli 2018 sollte Amad Ahmad nie wieder frei sein.
Foto: Wikipedia commons



Vielleicht wird der Polizeibeamte Frank G. strafrechtlich belangt. Dann ist er ein Bauernopfer. Wenn er klug ist, wird er sich zeitnah dagegen wehren. Dann muss er reinen Tisch machen mit seinen eigenen Motiven. Dann muss er auch gegen seine Kolleg*innen aussagen. Auch wenn „Polizei“ grundsätzlich als Akteur und Gehilfe der autoritären Zurichtung des Staates nicht reformierbar ist, wäre es an dieser Stelle wünschenswert, wenn es eine unabhängige Beschwerdestelle für Polizeibeamt*innen gäbe. Ein Werkzeug, dass Cop Culture aufzubrechen hilft. Frank G. hätte es dann leichter.

Doch auch auf die (Wieder-)Entdeckung des Gewissens können wir nicht zählen. Weder bei einem einzelnen Polizeibeamten noch bei seinen Dienstvorgesetzten. Herbert Reul dürfte ein gutes Beispiel dafür sein, dass ein Gewissen der Arbeit eines Innenministers nachgerade abträglich ist. Die begründeten Vorwürfe gegen ihn häufen sich. Ob als Erfüllungsgehilfe bei der Räumung des Hambacher Waldes für RWE oder als Fürsprecher für kollateralen Rassismus im Kampf gegen sogenannte Clankriminalität. Er wird sie alle elastisch abgleiten lassen. Er fühlt sich im Recht. Darum sind Initiativen wie die des „Forum gegen Polizeigewalt und Repression“ so wichtig. Dessen Aufruf folgten am 8. August 120 Menschen. Sie kamen nach Leichlingen, zum Wohnort von Herbert Reul. Die Polizei verhinderte eine Kundgebung vor dessen Wohnhaus, stutzte die angekündigte Demo auf eine Standkundgebung zurück. Doch die

Stimmen gegen Polizeigewalt, zur Aufdeckung von racial profiling und zur Aufklärung der Geschichte von Amad Ahmad sind laut und deutlich. Sie verknüpfen sich mit denen, die über Fälle von Tod in Polizeigewahrsam berichten, kommen zusammen mit den Forderungen, Polizei und Justiz endlich für ihren strukturellen Rassismus zur Rechenschaft zu ziehen. Mit „Black Lives Matter“ verbinden sie sich in einer Lautstärke, die kaum noch wieder zu dimmen sein wird.

Vom Staat und seinem Aufklärungsbemühen ist nichts zu erwarten. Mit Blick auf den PUA Kleve wissen wir, dass vor allem die Opposition im parlamentarischen Normalbetrieb das Instrument der Untersuchungsausschüsse zu nutzen versucht, um die Regierung zumindest in Erklärungsnot zu bringen, bestenfalls ihr falsches Handeln zu kritisieren oder sie in ihrer Verantwortung zu adressieren. So ist ein Untersuchungsausschuss wie der PUA Kleve für die Oppositionsparteien

SPD und Bündnis 90/Die Grünen natürlich in erster Linie nützlich. Um die Sache sollte es den Politiker*innen trotzdem gehen. Darum ist die Ausschussbeobachtung auch so wichtig. Es gilt, Druck aufzubauen, damit die Opposition die richtigen Fragen stellt. Öffentlich und auf Basis ihrer Aktenkenntnis. Zugleich braucht es eine kritische Öffentlichkeit, die den Ausschussmitgliedern vor allem der CDU dabei zusieht, wie sie ihrem Innenminister auch dann noch den Rücken stärken, wenn sie dabei ihre Seele verkaufen müssen. Eine Öffentlichkeit, die am Ende festhält: Sie hatten nie eine.

Wir erinnern mit Artikeln, Öffentlichkeit, Recherchen, Kundgebungen und direkten Aktionen zugleich jeden Tag an die Menschen, um die es geht: Amad Ahmad starb am 29. September 2018. Unvergessen!

FANNY SCHNEIDER

Die nächsten Termine im PUA Kleve sind:

22.09.2020, 27.10.2020, 17.11.2020 und 08.12.2020, jeweils um 14 Uhr im Landtag von Nordrhein-Westfalen. Der Zugang ist für Besucher*innen frei, die Sitzungen sind in der Regel öffentlich.

Für aktuelle Informationen folgt NSU-Watch NRW auf Twitter:

https://twitter.com/nsuwatch_nrw

und der Initiative Amad Ahmad auf ihrer Facebook-Seite unter

<https://www.facebook.com/initiativeamad> oder unter

<https://initiativeamad.blackblogs.org>

SOLIANZEIGE



Jahrestagung 2020

Mit tagesaktuellem Corona-Schutz.

Samstag, 10. Oktober, 10.00 bis 18.00 Uhr, Einlass ab 9:30 Uhr
Saal Bürgerhaus im Stadtteilzentrum Bilk,
Bachstr. 145, 40217 Düsseldorf

Pestizide, Umwelt, Menschenleben

- am Beispiel des BAYER-Konzerns -

Jetzt anmelden
kostenfrei, aber anmeldepflichtig



u.a. mit **Sarah Wiener**
Fernsehköchin, Grüne Österreich,
EU-Parlament, Pestizid-Aktionsnetzwerk (PAN),
Kampagne Block BAYER, Imker*innen

Die Tagung ist Teil der CBG-Kampagne



Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG) • Postfach 150418 40081 Düsseldorf • eMail info@CBGnetwork.org • Fon 0211 - 33 39 11

Christoph Twickel

Investor City.

Eine Recherche zum Stadtumbau

Videovortrag und Diskussion im Rahmen von „Stadt als Fabrik“

Der Journalist Christoph Twickel sucht in seiner Recherche nach dem Plot zum Umbau des Bahnhofsviertels, wo auch das neue Kulturzentrum KAP1 seinen Platz hat. Er trifft auf Behördenvertreter*innen, Makler, Investoren und Projektentwickler, die ihm erklären, worin die Kunst der Stadtentwicklung heute besteht: Darin, die Gelegenheiten zu ergreifen, die der Immobilienmarkt bietet.

In der Planwerkstatt 378 in Flingern Süd, wo zur Zeit unter öffentlicher Mitbeteiligung Stadt geplant und als weitere Form der Zwischennutzung Theater geprobt wird, diskutieren wir im Anschluss an Christoph Twickels Videovortrag über Perspektiven der Stadtentwicklung in Düsseldorf.

Do 10.9. 19 Uhr

Planwerkstatt 378, Erkrather Straße 191

fft-duesseldorf.de

Das FFT wird gefördert durch die Landeshauptstadt Düsseldorf und das Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen. Stadt als Fabrik ist ein Projekt im Rahmen des Bündnisses internationaler Produktionshäuser, gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien.

Der Antifa-AK an der HSD präsentiert als Mitveranstalter:

„INPUT – antifaschistischer Themenabend in Düsseldorf“ existiert seit 2002 und findet normalerweise monatlich an einem festen Termin (aktuell der letzte Dienstag im Monat) an wechselnden Orten statt. Aktuelle INPUT-Veranstalter: Antifaschistischer Arbeitskreis an der HSD und AG INPUT, in Kooperation mit dem Antirassistischen Bildungsforum Rheinland (ABR) und SJD – Die Falken Düsseldorf.

INPUT – antifaschistischer Themenabend im September:

„America First, Humanity Second“ – Die extreme Rechte in den USA und die Präsidentschaft Donald Trumps

Dienstag, 29. September 2020, 19:30 Uhr, Kulturzentrum ZAKK, Fichtenstraße 40, Düsseldorf. Referent: Carl Kinsky (Freier Journalist).

Mit der Präsidentschaft Donald Trumps ist der reaktionäre Ruf nach „America First“ zur Regierungslinie geworden. Im Alltag macht sich der Rechtsruck vor allem in Form von verbalen und physischen Übergriffen, Anschlägen und Morden bemerkbar. Flankiert wird diese Gewalt von Trumps

Politik, die vor allem durch eine Verschärfung der Asyl- und Einwanderungspolitik und der Förderung reaktionärer christlicher Politik auf sich aufmerksam macht. Doch worauf basiert der aktuelle Erfolg der (extremen) Rechten? Welche Personen und Organisationen stecken dahinter und welche ideologischen Vorstellungen treiben sie an? Auf diese und weitere Fragen soll im Rahmen des Vortrags eingegangen werden. Es wird ein Überblick über die verschiedenen politischen Strömungen der (extremen) Rechten in den USA geboten sowie einige derzeit exponierte Organisationen und Persönlichkeiten vorgestellt. In diesem Rahmen wird die extreme Rechte in den gesellschaftlichen Kontext der USA eingeordnet und auf aktuelle Entwicklungen im Zuge des gesellschaftlichen Rechtsrucks und Trumps Präsidentschaft eingegangen. Zuletzt wird aufgezeigt, warum die Beschäftigung mit der US-amerikanischen extremen Rechten auch für Antifaschist*innen in Deutschland wichtig ist.

Carl Kinsky schreibt zur extremen Rechten in den USA und Deutschland für die antifaschistischen Magazine „Der Rechte Rand“ und LÖTTA.

INPUT – antifaschistischer Themenabend im Oktober:

Nicht nur der NSU – Rechtsterrorismus in Deutschland

Dienstag, 27. Oktober 2020, 19:30 Uhr, Zentrum Hinterhof, Corneliusstraße 108, Düsseldorf. Referent: Fabian Virchow (Leiter Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus an der Hochschule Düsseldorf).

Im November 2011 wurde die rassistische Mordserie der terroristischen Gruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ allgemein bekannt; neun Menschen mit Migrationsbiographie und eine Polizistin wurden ihre Opfer. Seitdem sind zahlreiche weitere rechtsterroristische Morde und Anschläge begangen worden, etwa in München im Jahr 2016, aber auch in Halle 2019 und in Hanau im Februar 2020. Es ist kein Jahr vergangen, in dem nicht entsprechende Strukturen aufgedeckt wurden. Zugleich bestehen extrem rechte Netzwerke fort, die massiv Gewalt androhen und diese auch auf unterschiedliche Art ausüben. Dies verweist nicht nur auf eine lange Tradition rechter Gewalt in der deutschen Geschichte, sondern wirft auch Fragen nach der Angemessenheit staatlicher und gesellschaftlicher Reaktionen auf diese Gewalt auf. Der Vortrag gibt einen knappen historischen Überblick und stellt aktuelle Entwicklungen im Rechtsterrorismus vor.

Das ASTA-Projekt Gedenkstättenfahrten-Support informiert:

2020

Veranstaltet vom Arbeitskreis Gedenkstättenfahrten

Gedenkstättenfahrt

Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück und Gedenkort KZ Uckermark (Brandenburg)
12. bis 15. November 2020



Kontakt für nähere Infos:
ak-gedenk@gmx.net

So ganz langsam sind sie zurück: Orte und Veranstaltungen, an denen wir uns wieder begegnen und gemeinsam feiern oder kritisch reflektieren und uns organisieren können. Gerade ein „Relikt“ wie die TERZ hat in den letzten Monaten sensibel – quasi seismografisch – registriert, was der erzwungene Rückzug ins Private gerade auch für subkulturell geprägte, auf ehrenamtliche Eigeninitiative setzende politische wie kulturelle Initiativen bedeutet. In einer Welt bzw. einem Dorf, in der/dem keine Begegnungs-orte geöffnet haben, kann auch keine TERZ herumliegen, um eingesackt, überflogen oder genauer studiert zu werden. In einem lokalen Umfeld, in dem einfach nichts mehr stattfindet, hat ein Medium wie die TERZ auch nichts mehr zu berichten, und die Papier- und Webseiten bleiben leer. Und in einer Welt, in der wir nicht bilateral persönlich kommunizieren, sondern uns nur unilateral digital zu Wort melden, entstehen keine kritischen Zusammenhänge, die diese Welt aus den Angeln heben wollen, um sie vielleicht doch noch zu einem etwas besseren Ort zu machen. Denn die halt doch nicht normale „neue Normalität“ braucht mehr denn je alle kritischen Köpfe! Und noch viel mehr Solidarität und persönlichen Einsatz! Also geht (natürlich verantwortungsbewusst) aus, esst, trinkt, spendet und engagiert euch, damit uns unsere – eh schon wenigen – verbliebenen Treffpunkte erhalten bleiben!

40 Grad Urban Art Festival 2020

Noch bis zum 11.09., Programm unter <https://40grad-urbanart.de>
Wandbilder, Graffiti, Streetart und Urbanart – der öffentliche Raum wird Stück für Stück zurückerobert. 40grad urbanart will in Düsseldorf Kunst im öffentlichen Raum noch viel mehr als bisher etablieren. Die öffentlichen Reaktionen zeigen hohe Akzeptanz – nicht nur, weil die Kunstform das Stadtbild verschönert, sondern auch, weil die Künstler*innen mit einem Augenzwinkern den Finger in so manche gesellschaftspolitische Wunde legen. Diverse Workshops (Graffiti, Einradfahren, Tape-Art) werden angeboten, die Brause-Crew lädt zur fröhlichen Schnitzeljagd, Live-Konzerte und eine tägliche Online-Show stehen noch auf dem Programm!

ANZEIGE

zakk... September 2020

Fr 28.8. Spanische Sommerkonzerte: Encuentro Flamenco Der Abend kommt mir spanisch vor... Flamenco in Reinkultur, modern interpretiert! Dazu bocadillos con jamon, bocadillos con queso und ein Kühles, frisch gezapftes San Miguel vom Fass!

Di 1.9. Kolumbien: Ausbeutung, Repression und Widerstand Eine Veranstaltung aus Anlass der Verleihung des Düsseldorfer Friedenspreises 2020 an Margaret Buslay (Pax Christi)

Sa 5.9. Summertunes im zakk: The Beatlesons Die Kultband zwischen Punk-Polka und Acoustic Pop endlich wieder bei uns!

Do 10.9. Songslam Düsseldorf zu Gast im zakk Vier Musiker*innen spielen um die goldene Stimmgabel am Bände

Sa 12.9. Edelweißpiratenfestival mit Kafvka und Waving The Guns Unser traditionelles Polit-Festival

So 13.9. Matinee: Wo die Torheit wächst Eine literarische Rheinfahrt mit Olaf Cless, Ingrid und Dieter Stöverkrüp

So 20.9. Poesieschlachtpunktacht Der Düsseldorfer Poetry Slam im zakk

Mo 21.9. Moddi Der norwegischer Songwriter stellt im zakk sein neues Album vor

Do 24.9. Sebastian23: Eine Gießkanne voll Erbsensuppe Satire & Slam

So 27.9. Deutsch-Griechischer Literatursalon Lesung & Gespräch. Zu Gast: Marie Laftsidis-Krüger

So 27.9. Jazzslam Vier Poet*innen und eine Band im Impro-Wettstreit! Moderation Jean-Philippe Kinder

Di 29.9. „America First, Humanity Second“ Die extreme Rechte in den USA und die Präsidentschaft Donald Trumps.
zakk.de · Fichtenstr. 40 · Düsseldorf

Kolumbien: Ausbeutung, Repression und Widerstand

Di., 01.09., zakk, Fichtenstr. 40, 19h, Eintritt frei
Am Antikriegstag sollen die zur Zeit bei uns wenig beachteten Konflikten in Kolumbien/Lateinamerika in den Blick genommen werden. Dazu wird Margaret Buslay – die diesjährige Preisträgerin des Friedenspreises vom Düsseldorfer Friedensforum, pax christi und DFG-VK – hat bereits in den 80er Jahren in Kolumbien gelebt und die wunderbaren und schrecklichen Seiten des Landes kennengelernt. Seitdem engagiert sie sich in der Solidaritätsarbeit an der Seite der Entrechteten. Es folgten weitere Einsätze im Zivilen Friedensdienst und der Konfliktbearbeitung. Sie berichtet von ihrer letzten Reise Anfang des Jahres und der Friedens- und Menschenrechtsarbeit, die sie im Rahmen der christlichen Friedensbewegung pax christi leistet. Ein aktueller Film mit Betroffenen vom Kohletagebau im Norden Kolumbiens zeigt, wie das Leben durch den Bergbau bedroht ist. Die Gesundheit der indigenen und Afrogemeinden leidet,

es fehlt an Land und Wasser. Sie kämpfen gemeinsam mit anderen für die Anerkennung ihrer Rechte. Aus Sicht der sozialen Bewegungen braucht es für Frieden in Kolumbien mehr als die Unterzeichnung eines Abkommens. 2016 haben Staat und FARC-Guerilla ein umfangreiches Friedensabkommen unterzeichnet, das von der aktuellen Regierung nur sehr unzureichend umgesetzt wird. Es gibt viel Repression, Militarisierung, Korruption, aber auch eine aktive Zivilgesellschaft und vielfältigen Widerstand gegen weit verbreitetes Unrecht. Wie hängen Frieden, Entwicklung, Wirtschaft und Politik zusammen? Wie kommt es, dass in Kolumbien weltweit die meisten Land- und Umweltaktivist*innen ermordet werden? Was fehlt oft in der Berichterstattung bei uns? Wie kann solidarische Arbeit von hier aus aussehen? Der argentinische Sänger Daniel Rodriguez begleitet die Veranstaltung mit lateinamerikanischen Liedern. Veranstaltung des Friedensforums Düsseldorf in Zusammenarbeit mit pax christi und DFG-VK.

FlingerPfad Stadtteilrundgänge

Die Initiative „FlingerPfad“ veranstaltet in Kooperation mit der „Bürgerinitiative Flingern“ und dem zakk Stadtteilrundgänge in Flingern durch. Die historische Spurensuche versucht eine fast 150 Jahre alte Industriegeschichte sichtbar zu machen und mit geplanten 24 Informationsstelen wichtige historische Orte zu „markieren“. Die ca. zwei Stunden dauernden Stadtteilrundgänge werden seit 2016 von Kaspar Michels durchgeführt. [Kostenlos anmelden unter: stadtteiluehrung@zakk.de](mailto:stadtteiluehrung@zakk.de)

Route 1: Zwischen Stahlindustrie und Hausbesetzung

Sa., 12.09., 14h, Treffpunkt zakk, Fichtenstr. 40

Route 2: Vom Lierenfelder Bahnhof bis zur Fortuna

So., 20.09., 14h, Treffpunkt Ronsdorfer Ecke Langenberger Straße

Route 3: Vom Flinger Broich bis zum Uhrenturm (50. Führung!)

So., 27.09., 14h, Treffpunkt AWO, Flinger Broich 12

ANZEIGE

einrich heine Salon

**Wo die Torheit wächst
Eine literarische Rheinfahrt**

Es lesen Olaf Cless, Ingrid und Dieter Stöverkrüp
Am Vibraphon: Timafei Birukov.

Wenn die Fantasie Berge versetzt, dann kann sie auch eine Rheinreise im Saal stattfinden lassen. „Dass ich im Schiffe vornan sitz./ das hat für-wahr besondern Witz./ ohn Ursach kam ich nicht dahin.: nach Büchern trachtete mein Sinn“, so dichtete schon vor über 500 Jahren Sebastian Brant in seinem „Narrenschiff“, erschienen zu Basel am Rhein – einem der ersten Bestseller der deutschsprachigen Buchgeschichte. Auch Heinrich Heine wird natürlich dabei sein, er, der gleichfalls geboren ist „an den Ufern jenes schönen Stromes, wo auf grünen Bergen die Torheit wächst und im Herbst gepflückt, gekeltert, in Fässer gegossen und ins Ausland geschickt wird“. Seine Loreley wird sich zur Abwechslung in mannigfacher parodistischer Verkleidung präsentieren, und Thomas Mann kredenzt dazu den Rheingauer Sektverschnitt „Lorley extra cuvée“ des Hochstaplars Felix Krull. Die Stimmung an Bord wird also ins Vergnügliche driften, und das ganz ohne Rheinkitsch, Geschunkel und Deutschümelei. Wie sagte doch schon Kurt Schwitters: „Eigentlich ist der Vater Rhein gar kein Vater, sondern ein Fluss“.

13. September 2020 – 11h – Zakk, Fichtenstr. 40
Eintritt: €10,- / 5,- (Düsselpass) inklusive Frühstück
www.heine-salon.de

Gefördert durch  Landeshauptstadt Düsseldorf

Edelweißpiratenfestival Düsseldorf Die extreme Rechte in Düsseldorf – eine Bestandsaufnahme

Mo., 31.08., zakk, Fichtenstr. 40, 19:30, Eintritt frei
Seit Jahren hält sich Düsseldorf auf den oberen Plätzen der Tabelle mit rechten Straf- und explizit auch Gewalttaten in NRW. In Düsseldorf sind alle Schattierungen der extremen Rechten anzutreffen. Einmal jährlich bietet das Begleitprogramm des „Edelweißpiratenfestivals“ deshalb einen aktuellen Überblick zur extremen Rechten vor Ort an. Wie auch im Vorjahr wird hierbei der Schwerpunkt auf extrem rechte Wahlparteien und auf die gewaltbereite extreme Rechte liegen. Die von Düsseldorf aus agierende extrem rechte „Bruderschaft Deutschland“ hat ihre Strukturen weiter ausgebaut, während die AfD sich für die anstehende Kommunalwahl rüstet. Referent: Jürgen Peters (Antirassistisches Bildungsforum Rheinland). Veranstalter*innen: Mahn- und Gedenkstätte der Landeshauptstadt Düsseldorf & zakk. Mit freundlicher Unterstützung der LAG Soziokultur NRW, dem Land NRW sowie dem LVR Rheinland.

Waving The Guns und Kafvka+

Sa., 12.09., zakk, Fichtenstr. 40, 19:30, 8,- nur VVK!
Im Rahmen des Edelweißpiratenfestival spielen die Rostocker Hip-Hopper von Waving the Guns zusammen mit der Berliner Band Kafvka, die 2018 als emotionale Reaktion auf den Rechtsruck im Land den Song „Alle hassen Nazis“ veröffentlicht hat. Die Musiker möchten deutlich machen, dass Rassismus im 21. Jahrhundert nichts verloren hat und unterstützen mit dem Song alle Menschen, die sich den Rechten mutig in den Weg stellen.

Gonzo!

Sa., 19.09., WP8, Worringer Platz 8

Ins Leben gerufen wurde Gonzo im Sommer 2017 von Andreas Nöthlings (Schlagzeug, Gitarre, Bass), Oliver Feiter (Orgel), Bettina Mall (Gesang, Percussion, Glockenspiel, Banjo) und Axel Borenkott (Bass). Kreierte haben sie den „Beltracchi Boogie“: Analog zum genial-frechen Kunstfälscher, der das Schaffen der jeweiligen Künstler fortsetzte und zu neuem Leben erweckte, „gonzofizieren“ sie Klassiker von Abba, Cash, Weill u. a. in einer Art und Weise, wie diese es in Zeiten knapper öffentlicher Kassen und somit in Ermangelung eines Orchesters heute wohl auch machen würden.

SOLI-HINWEIS



+++Demos++Konzerte++Küfa
++Vorträge++Workshops++
++Camps++Theater++

Terminkalender

www.
hermine
-termine
.net

Sonderausstellungen: Alltäglicher Antisemitismus

Noch bis zum 04.10., Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf, Mühlenstr. 6

Die Wanderausstellung „Du Jude! Alltäglicher Antisemitismus in Deutschland“, die vom Projekt „Jederzeit wieder! Gemeinsam gegen Antisemitismus“ der Kölnischen Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit konzipiert wurde, soll nicht nur grundsätzlich über Antisemitismus informieren, sondern vor allem den Bezug zu Alltagswelten von Jugendlichen herstellen und aktuelle Formen der Judenfeindschaft zum Thema machen anhand zahlreicher Beispiele aus den Bereichen Musik, Sport, Internet und Schule. Die Perspektiven und alltäglichen Erfahrungen von Jüd*innen sowie die Bedrohungslage für jüdisches Leben in Deutschland heute sollen so konkret sichtbar gemacht werden. Denn häufig wird Judenfeindschaft immer noch als rein historisches Phänomen betrachtet und vorwiegend mit dem Nationalsozialismus verknüpft. Dass Antisemitismus jedoch ein heutiges und alltägliches Problem für Jüd*innen in Deutschland darstellt und verschiedene, auch neue Formen annimmt und in allen Schichten der Gesellschaft anzutreffen ist, darauf weisen empirische Studien seit Jahren hin. Darüber hinaus werden in einer kleinen Kabinett-ausstellung 19 ausgewählte antisemitische Briefe, E-Mails und Postkarten an die Düsseldorfer Jüdische Gemeinde aus den Jahren 1992 bis 2020 vorgestellt: „Ich wäre an Eurer Stelle sehr sehr vorsichtig“. Die hier deutlich zu Tage tretenden kruden Verschwörungstheorien oder eine obsessive „Israelkritik“ mit klar erkennbaren antisemitischen Elementen, aber auch Schuldabwehr, Holocaust-Verharmlosung und Geschichtsklitterung ergeben mit unverhohlenen Morddrohungen eine gefährliche Mischung, die jüdische Menschen einschüchtern soll. Die Briefe kommen nicht nur von ganz rechts oder von linker Seite, sondern entstammen vermutlich überwiegend einer „bürgerlichen Mitte“. Die (meist anonymen) Schriftstücke werden kommentiert und eingeordnet. Sie belegen, dass jüdische Gemeinden und Einrichtungen auch Jahrzehnte nach der Shoa mit Schmähungen, Bedrohungen und Aggression konfrontiert sind. Sie zeigen plastisch, dass Antisemitismus kein theoretisches oder rein historisches Problem ist, sondern eine aktuelle und akute Bedrohungslage für jüdische Menschen in unserer Stadt.

»Ich kam als Gast in euer Land geist ...«

Deutsche Antifaschist*innen in der Sowjetunion 1933 – 1956

Do., 10.09. (Ausstellungseröffnung mit Einführungsvortrag von Dr. Wladislaw Hedeler um 18h) bis 10.10., Gerhart-Hauptmann-Haus, Bismarckstr. 90 Die zweisprachige Wanderausstellung dokumentiert das widerspruchsvolle Schicksal deutscher Hitlergegner*innen und ihrer Familien in der Sowjetunion der Stalinzeit. Anfang der 1930er-Jahre kamen die Deutschen als Arbeitssuchende oder nach 1933 als politisch Verfolgte hoffnungsvoll in die Sowjetunion – Frauen und Männer als Facharbeiter*innen, Journalist*innen, Lehrer*innen, Mediziner*innen, Künstler*innen, Architekt*innen. Ab 1936 änderte sich die Stimmung im Land, die Deutschen in der Sowjetunion wurden Opfer des staatlichen Terrors: ermordet vom NKWD oder in Straflagern deportiert, verbannt auf lange Jahre nach Sibirien und Kasachstan oder zwangsweise eingewiesen in Kinderheime. Der Rückweg nach Deutschland war abgeschnitten, die Antifaschist*innen wurden zu doppelt Verfolgten. Das Kriegsende und die Befreiung vom Faschismus brachte vielen Exilant*innen aber nicht die erhoffte Freiheit: Erst in der zweiten Hälfte der 1950er-Jahre konnten viele der in der Verbannung Lebenden ausreisen. Für sie war es die lang ersehnte Rückkehr in die Heimat, für ihre in der Sowjetunion sozialisierten Kinder ein schwerer Neubeginn im fremden Land. Die gezeigten Fotos, Familienporträts und historischen Dokumente des Staatsterrors kommen aus dem Familienbesitz der Betroffenen und aus deutschen und russischen Archiven, gesammelt und aufbereitet von Hinterbliebenen der Opfer und Historiker*innen – Initiatoren eines 2008 gegründeten Arbeitskreises zum Gedenken an die im sowjetischen Exil verfolgten deutschen Antifaschist*innen unter dem Dach der Berliner VVN-BdA. Parallel zu der von Inge Münz-Koenen und Dr. Wladislaw Hedeler konzipierten Ausstellung erscheint ein gleichnamiger Ausstellungsband. In Kooperation mit: Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e. V. DGO

Ji bo Azadiyê (Für die Freiheit)

Sa., 05. + So., 06.09., Metropal Kino, 16 h

Kurdischer Spielfilm, produziert von der Filmkommu- ne Rojava und der katalanischen Dokumentarfilmerin Alba Sotorra. Der Film thematisiert den von Dezember 2015 bis März 2016 andauernden Widerstand der zivilen Verteidigungseinheiten YPS gegen die Belagerung des türkischen Militärs in Sür, der Altstadt von Amed (türk. Diyarbakir). Es ist die wahre Geschichte einer Gruppe junger Menschen, die Sür nach Ausrufung der Ausgangssperre nicht verließen und ihr Viertel 100 Tage lang gegen die zweitgrößte Armee der NATO-Mitgliedsstaaten verteidigten. Das Drehbuch für den Film entstand auf der Grundlage von Tagebüchern der Toten und Zeugenaussagen der Überlebenden, von denen einige im Film mitspielen.

Lieber ein lebendiger Hund als ein toter Löwe
Sa., 05.09. (Uraufführung), So., 13.09., Di., 15.09., So., 20.09., So., 27.09., Mi., 30.09. und So., 04.10., jeweils um 19:00, 19:30 und 20:00, Schauspielhaus, Gustaf-Gründgens-Platz

Ein theatraler Rundgang mit Texten von Heinrich Heine. Der Startpunkt für den Rundgang ist das Foyer im Großen Haus, von dort aus können sich die Zuschauer*innen an verschiedenen engen, verwinkelten und weiten, offenen Orten bei einem Rundgang im und um das frisch sanierte Schauspielhaus auf die Spuren des berühmtesten Düsseldorfer Dichters begeben. Inszeniert von Jan Philipp Gloger.

Dimensionen der Mittäterschaft. Die europäische Kollaboration mit dem Dritten Reich
Mi., 09.09., Gerhart-Hauptmann-Haus, Bismarckstr. 90, 19h

Dass bis vor Kurzem, fast 75 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, noch keine Gesamtdarstellung der europäischen Kollaboration mit dem Dritten Reich vorlag, kann als ein großes Forschungsdesiderat in diesem historischen Problemkomplex angesehen werden. Der promovierte Historiker Klaus Kellmann, langjähriger Mitarbeiter der Landeszentrale für politische Bildung in Schleswig-Holstein, ausgewiesen als Stalinismus-Experte, hat sich dieser sensiblen Aufgabe in einer 666-seitigen Untersuchung zu allen 24 von der deutschen Wehrmacht besetzten Staaten gestellt. Er präsentiert den Band in seiner Konzeption und präzisiert einige Entwicklungslinien anhand ausgewählter Länderbeispiele (Frankreich, Niederlande, Polen). Seine zentrale These lautet: Ohne schonungslose Aufarbeitung des Mitmachens und Mittuns mit den Deutschen bis hin zum Mord an den Jüd*innen wird es kein gemeinsames europäisches Narrativ und keine gemeinsame europäische Erinnerungskultur als das identitätsstiftende Element eines Europa von Morgen geben. Es geht in seinem Vortrag nicht nur um die Vergangenheit, sondern auch um die Gegenwart und Zukunft des Kontinents. Da ist nur zu hoffen, dass die Beschäftigung mit den Verbrechen der Anderen nicht zu einer Relativierung der NS-Gräueltaten führt.

Vegane Mitbring-Brunch

So., 20.09., V6, Volmerswerther Str. 6, ab 11h

Die FAU-D lädt wieder ein zum veganen Mitbring-Brunch (immer am 3. Sonntag im Monat). Teilnehmende bringen eine vegane Köstlichkeit mit: Salate, Antipasti, Aufstriche, Bratlinge, Nüsse, Muffins, Kuchen, Torten. Der Kreativität sind hier keine Grenzen gesetzt, und je mehr Menschen mitmachen, desto vielfältiger wird das Buffet und desto gemütlicher auch die gemeinsame Runde. Auch wer nichts mitbringen kann, ist trotzdem herzlich eingeladen. Getränke wie Kaffee, Hafermilch, Tee und verschiedene Säfte/Limos sowie Brotaufstriche gibt's vor Ort.

Willst du mit mir gehen?

Fr., 04., 11., 18. und 25.09., um 17+18h, FFT Jutta, Kasernenstr. 6, Anmeldung erforderlich unter fft-duesseldorf.de

Antje Pfundtner in Gesellschaft lädt jeden Freitag ein zum Walk & Talk mit Künstler*innen und anderen am Theater Beschäftigten. Bei einem 90-minütigen persönlichem Spaziergang soll es im weitesten Sinne um das Verhältnis von Theater und Publikum und über Wünsche an ein Theater der Zukunft gehen. Eine Veranstaltung der FFT-Reihe „Verbündet euch!“. Wir gehen raus und versammeln uns. Wir haben uns lange nicht gesehen und wollen nicht so tun, als wäre nichts gewesen. erinnert Ihr Euch noch daran, dass es heiß, es könne nicht so weitergehen wie bisher? Doch der postpandemische Zweifel bleibt: Wo ist sie hin, die viel beschworene Solidarität? Wollten wir uns nicht verbünden? Nur wie?

Politisches Frühstück von attac: Militarisierung in Deutschland und Europa – Kriegsvorbereitung?

So., 20.09., zakk, Fichtenstr. 40, 11h, Eintritt frei
Damit Deutsche und Franzosen nach drei verheerenden Kriegen nie mehr aufeinander schießen, wurde vor knapp 70 Jahren der Grundstein für die heutige Europäische Union gelegt. Doch inzwischen entwickelt sich die EU vom einstigen „Friedensprojekt“ immer mehr hin zu einem „Global Player“ mit eigenen militärischen Fähigkeiten. Diese gelten als unverzichtbar, um „internationale Verantwortung“ wahrzunehmen und mit den USA, China und anderen Konkurrenten mitzuhalten. Die Militärhaushalte der EU-Länder erreichten 2018 mit insgesamt 364 Milliarden Dollar den höchsten Stand seit Ende des Kalten Krieges. Ab 2021 wird es im EU-Haushalt entgegen den Vertragsgrundsätzen erstmals einen „Verteidigungsfonds“ geben. Immer lauter wird eine ‚globale Rolle‘ der EU gefordert sowie eine atomare Abschreckungspolitik. Es finden in Tateinheit mit den USA verstärkt Manöver statt, in denen es um eine Abwehr von Bedrohungen aus dem Osten geht. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft initiiert die Entwicklung eines „strategischen Kompasses“ zur Verbesserung der militärischen Reaktionsfähigkeit der Union. Was sind die Begründungen und Ursachen dafür? Welche Folgen? Was gibt es an Widerstand und wie diesen verstärken? Referent Andreas Zumach, Journalist und UNO-Korrespondent der taz.

**Die Sicht der Anderen:
Das Russlandbild in Deutschland und Polen**
Di., 29.09., Gerhart-Hauptmann-Haus, Bismarckstr. 90, 19h

Bei einer Umfrage des Allensbach-Instituts im Frühjahr 2008 wurde an die Teilnehmer*innen aus Deutschland und Russland die Frage gerichtet: »Mögen Sie eigentlich die Russen/Deutschen oder mögen Sie sie nicht besonders?« 25 % der Deutschen bekundeten grundsätzliche Sympathie für die Russen, umgekehrt aber hatten 45 % der Russen Sympathie für die Deutschen. »Nicht besonders« mochten 35 % der Deutschen die Russen, der umgekehrte Wert lag bei 27 %. Die damalige Umfrage fand gegen Ende der zweiten Präsidentschaft Wladimir Putins statt. Heute, mehr als ein Jahrzehnt später, befindet sich Wladimir Putin inmitten seiner vierten Präsidentschaft. Wie wird Russland heute in Deutschland wahrgenommen – haben sich Zu- und Abneigung verschoben? Welche Rolle spielt in der heutigen wechselseitigen Wahrnehmung noch das Ende des Zweiten Weltkrieges vor nunmehr 75 Jahren? Welches Gewicht haben historische Erfahrungen miteinander generell? Und welche Bedeutung hat geographische Nähe oder Ferne? Sehen »die Pol*innen« »die Russ*innen« anders, weil sie im Unterschied zu den Deutschen deren unmittelbare Nachbarn sind? Diesen und anderen Fragen geht die Veranstaltung mit dem Politikwissenschaftler Felix Riefer nach. Er wurde 1986 in Leningrad, heute wieder St. Petersburg, geboren und ist in Bonn aufgewachsen. Riefer hat in Köln und Paris studiert; kürzlich hat er an der Universität zu Köln seine Doktorarbeit zur Außenpolitik Russlands unter Wladimir Putin vorgelegt.

ANZEIGE

komma
Wein für Frauenkommunikation e.V.

**Bleibt
solidarisch!**



www.komma-duesseldorf.de

HINTERHOF

LINKES ZENTRUM

SAVE THE HINTERHOF und SOLI-BEUTEL

Die erste Welle der Corona-Pandemie scheint halbwegs glimpflich überstanden zu sein, und es kommt uns wie eine Ewigkeit vor, dass wir euch als Gäste begrüßen durften.

Durch eine bereits länger geplante Renovierung hatten wir uns schon darauf eingestellt, bis Ende April die Türen geschlossen zu haben. Die danach geplante Wiedereröffnung mit lautem Knall in neuem Gewand verzögert sich leider auf unbestimmte Zeit.

Wir vermissen euch natürlich sehr und müssen uns allmählich auch Gedanken machen, wie der Hinterhof diese Durststrecke überstehen kann. Noch immer ist es uns nicht möglich, den kulturellen Betrieb ohne erheblichen Mehraufwand und mit gewohnter Teilnehmer*innen-Anzahl laufen zu lassen. Dadurch entfallen Spenden, auf die wir angewiesen sind, um laufende Kosten wie Miete, Strom, Wasser, ... begleichen zu können.

Kurz und Knapp: Ein Ende der Einschränkungen ist nicht in Sicht und wir brauchen eure Kohle. Wenn ihr den Hinterhof, als einen der letzten unkommerziellen Freiräume in Düsseldorf, nicht missen möchtet, helft uns bitte dabei, ihn zu erhalten!

Auch zu diesem Zwecke und damit ihr den Hinterhof immer mit euch herum tragen könnt, gibt es nun unsere neuen und wunderbaren Bio- und FairTrade-Soli-Beutel in zwei verschiedenen Ausführungen.

Wenn ihr also könnt, spendet und unterstützt den Laden, bestellt unsere brandneuen Soli-Beutel oder holt ihn euch bei BiBaBuZe (Aachener Str. 1) oder bei den Veranstaltungen im Zentrum selbst.

**Wir freuen uns über jede kleine und größere Spende auf folgendes Konto: kupo e.V.
IBAN: DE44 3005 0110 1004 7814 88
Verwendungszweck: Spende Hinterhof**

Solltet ihr Fragen zu eurer Spende haben, schreibt gerne! Auch den Soli-Beutel könnt ihr gegen Spende bestellen (mit Angabe der Anzahl und der Versand-Adresse). Bitte schreibt uns eine Mail an hinterhof-beutel@riseup.net.

Do 10.09. // 19:30 Kneipenabend

Unter anderem mit richtig guter Musik!

Di 29.09. // 19:30

INPUT – antifaschistischer Themenabend **„America First, Humanity Second“ – Die extreme Rechte in den USA und die Präsidentschaft Donald Trumps**

*ACHTUNG: Im Zakk, Fichtenstr. 40, 19:30, Eintritt frei
[Siehe auch Seite 13 in dieser TERZ]*

Mit der Präsidentschaft Donald Trumps ist der reaktionäre Ruf nach „America First“ zur Regierungslinie geworden. Im Alltag macht sich der Rechtsruck vor allem in Form von verbalen und physischen Übergriffen, Anschlägen und Morden bemerkbar. Flankiert wird diese Gewalt von Trumps Politik, die vor allem durch eine Verschärfung der Asyl- und Einwanderungspolitik und der Förderung reaktionärer christlicher Politik auf sich aufmerksam macht. Doch worauf basiert der aktuelle Erfolg der (extremen) Rechten? Welche Personen und Organisationen stecken dahinter und welche ideologischen Vorstellungen treiben sie an? Auf diese und weitere Fragen soll im Rahmen des Vortrags eingegangen werden. Es wird ein Überblick über die verschiedenen politischen Strömungen der (extremen) Rechten in den USA geboten sowie einige derzeit exponierte Organisationen und Persönlichkeiten vorgestellt. In diesem Rahmen wird die extreme Rechte in den gesellschaftlichen Kontext der USA eingeordnet und auf aktuelle Entwicklungen im Zuge des gesellschaftlichen Rechtsrucks und Trumps Präsidentschaft eingegangen. Zuletzt wird aufgezeigt, warum die Beschäftigung mit der US-amerikanischen extremen Rechten auch für Antifaschist*innen in Deutschland wichtig ist.

Referent: Carl Kinsky (Freier Journalist)

*Veranstalter*innen: AG INPUT, Antifaschistischer Arbeitskreis an der HSD und Antirassistisches Bildungsforum Rheinland. In Kooperation mit SJD - Die Falken Düsseldorf und zakk.*